

Axel Vogel

## Rede zur 2. Lesung des Landeshaushaltes, 15. Dezember 2010

- Es gilt das gesprochene Wort ! -

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor uns liegt ein Haushaltsentwurf, der aus den Beratungen in den Ausschüssen des Landtags nur unwesentlich verändert herausgekommen ist. Wie schon schlechte Tradition, so möchte man sagen, wurden die Änderungsanträge meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich beiseite gewischt. Dies galt wenn wir mit unseren Anträgen der Koalition Hilfestellung geben wollten, um deren eigene inhaltliche Forderungen aus der rot-roten Koalitionsvereinbarung auch umsetzen zu können, dies galt, wenn wir dem Finanzministerium technische Hilfestellung bei der Einstellung der absehbaren Steuermehreinnahmen leisten wollten, dies galt, wenn wir Hilfestellung bei der Korrektur von Falschveranschlagungen leisten wollten und natürlich galt dies, wenn wir mit eigenen politische Ideen die Haushaltsdebatte bereichern wollten. Ein Zeichen von Stärke von SPD und Linker ist all dies nicht.

So bleibt auch nach den Debatten in den Ausschüssen ein schaler Geschmack zurück. Dieser Haushalt bleibt weit hinter den Möglichkeiten zur Ausgabenkonsolidierung und Senkung der **Nettokreditaufnahme** zurück. Dabei wären einige Schritte in Richtung Nachhaltige Finanzpolitik für das Haushaltsjahr 2011 leicht umsetzbar gewesen.

Wie (vermutlich) heute schon mehrfach angesprochen, war die Landesregierung bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs auf Basis der Mai-Steuerschätzung von einer Nettokreditaufnahme von 500 Mio € ausgegangen. Heute stehen trotz aufgrund der Novembersteuerschätzung erwarteten Steuermehreinnahmen für den Landeshaushalt in

Höhe von 112 Mio € weiterhin 440 Mio € NKA im Haushalt.

Diese Neuverschuldung wäre, entsprechende Beschlüsse in den Ausschüssen vorausgesetzt, im heute vorliegenden Haushaltsentwurf leicht um mehr als die Hälfte auf deutlich unter 250 Mio € zu drücken gewesen:

Die Anpassung des Haushaltsentwurf an die aktuelle Steuerschätzung vom November 2010 hätte nach Abzug des kommunalen Anteils die Nettokreditaufnahme um 112 Millionen Euro gesenkt. Die Landesregierung hat sich jedoch entschieden nicht den gesamten Betrag zur Verringerung der Neuverschuldung und damit für verringerte Zinszahlungen zu nutzen, sondern 52 Mio € auf die Hohe Kante zu legen. Spare in der Zeit, so hast Du in der Not ist ein richtiger Satz, wenn man Überschüsse erwirtschaftet, nicht jedoch, wenn er bedeutet: nehme 52 Mio zusätzliche Schulden auf und lege sie aufs Sparbuch. Angesichts steigender Schuldzinsen ist dies finanzpolitischer Unfug.

Die vollständige Einziehung der vom Land vorfinanzierten und aufgrund der LASA-Abrechnungspannen noch ausstehenden Mittel des Europäischen Sozialfonds könnte die Nettokreditaufnahme um bis zu 142 Millionen Euro reduzieren. Da diese Einnahmen seitens der Landesregierung für 2011 sicher erwartet werden, hätte man diesen Betrag auch so in den Haushalt einschreiben können, statt dessen hat man es bei einer Sperre für diese Mehreinnahmen bewenden lassen. Wir befürchten, dass den Begehrlichkeiten für eine Inanspruchnahme dieser Mittel nicht ausreichend der Riegel vorgeschoben ist.

Einen Einsparbeitrag hätte auch der sparsame Umgang mit Energieressourcen in Landesliegenschaften in Höhe von 4,5 Millionen Euro leisten können. Mit der Zentralisierung der Landesliegenschaften bei der BLB hat das MdF jedoch einen Kreislauf eingeführt, der während des Haushaltsjahres den Ministerien für die fiktive Anmietung von Landesliegenschaften jährlich steigend Finanzmittel entzieht, die am Ende als Überschüsse der BLB wieder im Etat des Finanzministers landen. So etwas heißt

im Volksmund: rechte Tasche – linke Tasche. Das Geld bleibt also im System. Dies gilt aber nicht für die Betriebs- und Nebenkosten. Energie-, Strom und Entsorgungsdienstleistungen werden von Dritten zur Verfügung gestellt. Hierfür verausgabte Mittel sind für den Landeshaushalt unwiederbringlich verloren.

Die Kürzungen rund um das gescheiterte Programm Arbeit für Brandenburg ergeben weitere 3,3 Millionen Euro. Schon in der Rekrutierungsphase des Programms „Arbeit für Brandenburg“ zeigt sich, dass die Stellen des Programms nicht ausgeschöpft werden können. Lediglich 745 Personen haben 2010 eine Stelle angenommen. 1.200 Stellen waren geplant. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Nachfrage wesentlich ändert, da die im Rahmen des Landesprogramms Beschäftigten keine Qualifizierung bekommen, um sich im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem gibt es „Kürzungen des Bundes bei den Eingliederungsleistungen,“ so dass nicht alle Stellen des Programms ausfinanziert werden können.

Die von uns vorgeschlagenen weiteren Kürzungen im Straßenbau, bei den Kreditnebenkosten oder den Personalverstärkungsmitteln und bei den verlorenen Zuschüssen in der Wirtschaftsförderung will ich jetzt nicht weiter ausführen, da wir diese als Deckungsvorschläge für die uns besonders am Herzen liegenden Schwerpunkte „Verbesserung der Bildungsqualität“ und „Verbesserung der Kommunalfinanzen“ durch Streichung des Vorwegabzugs in Höhe von 50 Mio € herangezogen hatten. Hierzu werden meine Kolleginnen und ich bei der Beratung der Einzelpläne ausführlich Stellung beziehen.

Alles in allem: Auch dieser Haushalt ist ein Kompendium verpasster Chancen für die Haushaltskonsolidierung und zur grundlegenden Neuausrichtung der Haushaltspolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bemerkenswert finde ich abseits der Tagespolitik aber, wie sich auch dieses Mal die

Koalitionsabgeordneten bereitwillig vom MdF haben entmündigen lassen.

Genauso wie 2010 hat sich der Finanzminister in § 2 Absatz 5 HG 2011 eine zusätzliche Kreditermächtigung in Höhe von 8 % des Haushaltsansatzes, also in Höhe von 800 Mio € ohne Mitwirkungsrechte des Haushaltsausschusses einschreiben lassen – bei einer NKA von 500 Mio € absolut unakzeptable Größe.

Versuche von uns Bündnisgrünen die Millionenbeträge für das Aufhübschen von Immobilien durch die BBG unter Vorbehalt zu stellen wurden abgelehnt. Bis heute halten die Koalitionäre an ihrer Selbsttäuschung fest, dass es sich beim Marcinek' schen Firmenimperium um grundsolide und seriöse Geschäftspartner handelt, deren Vertragsabschlüsse mit Tochterunternehmen keine Nachteile für das Land hervorrufen. Wollen wir hoffen, dass Sie vom Untersuchungsausschuß nicht sehr bald eines Besseren belehrt werden.

Bemerkenswert auch, wie ungerührt die Koalitionsabgeordneten es hinnahmen, dass gerade erst einmal 6 Monate alte vorgeblich feste Zusagen von Ministern der Landesregierung nicht eingehalten wurden.

Lassen sie es mich an zwei Beispielen deutlich machen:

1. Einzelplan 6

1. Mangelnde Erläuterung bei Titelgruppe 70 „Allgemeine Projektförderung Kultur“ (Weiterhin keine Erläuterungen bei der Titelgruppe mit einem Volumen von 16 Millionen Euro, S.141)
  1. Frau Dr. Münch erklärt sich dazu bereit im nächsten Haushalt dies besser zu erläutern.

2. Einzelplan 11

1. Aufsplittung der Titel im Bereich Finanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

(S.63ff., keine Veränderung)

1. Staatssekretär Bretschneider sicherte uns wiederholt mehr Transparenz zu; letzmalig in der Ausschusssitzung am 30.9.2010
2. aktuelle Bedeutung: Land senkt Ko-Förderung um 40%, knapp 20 Millionen Euro; Verlust von 10 Millionen Euro GAK Mittel; EU-Mittel werden zurückgestellt
3. Welche Schwerpunkte wie betroffen sind, will Herr Bretschneider erst nach den Haushaltsberatungen schriftlich veröffentlichen

Dass die Landesregierung auch Zusagen gegenüber dem Landesrechnungshof zur Anpassung des §2 Abs. 4 Haushaltsgesetzes 2011 nicht einhält, ich empfehle hier die Lektüre des Landesrechnungshofberichtes 2011, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen sie mich nach diesen Vorbemerkungen einige Worte zum Einzelplan des Landtages finden.

Im Rahmen der Haushaltsberatung 2010 wurde beschlossen, nach der Zusammenlegung der Datenaufsichtsbereiche die Personalausstattung noch einmal zu bewerten.

Wir haben diesen Auftrag ernst genommen.

Unser Ergebnis ist: Mit der gegenwärtigen Personalausstattung

2. sind Prüfungen von Amts wegen im privaten Prüfungsbereich ausgeschlossen und
3. ist der bisherige Prüfungsumfang im öffentlichen Bereich nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Der Arbeits- und der Aufgabenumfang der Landesbeauftragten für Datenschutz hat rapide zugenommen.

Die neue Aufgabe „Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren“ wurde ohne Personalausgleichsmaßnahmen übertragen.

Die Fallstatistik des Innenministerium für die Jahre 2008 und 2009 belegt einen Anstieg von Beschwerden um ein Drittel. Diese Entwicklung hat sich nach der Zusammenlegung der Aufsicht fortgesetzt.

Die IT-Sicherheit ist eine arbeitsaufwändige Großbaustelle. Die alten Mängel aus dem öffentlichen Bereich werden nun durch die privaten Problemstellungen ergänzt. Das größte unbearbeitete Feld stellt dabei der innovative IT-Einsatz von immer mehr Krankenhäuser dar, die Telemedizin einsetzen.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Aufstockung des Personalbudget dringend erforderlich. Diese Position wurde in den Ausschußberatungen durch die Landesbeauftragte ausdrücklich bestätigt. Dies greifen wir mit unserem Antrag auf. Für den Haushalt der bei uns angesiedelten Datenschutzbeauftragten sind wir als Landtag unmittelbar verantwortlich. Eine Verschiebung der Verantwortlichkeit auf die Landesregierung ist nicht möglich.- Wir bitten Sie, die Stellenaufstockung um 3 zusätzliche Stellen zu unterstützen.

Wer die Berichterstattung der letzten Tage verfolgt hat, weiß, dass die Kosten für den Landtagsneubau um einen zweistelligen Millionenbetrag zu steigen drohen, dass es möglicherweise bereits 2011 zu zusätzlichen Belastungen von mehr als 10 Mio € kommen wird. Wer denkt, dass er hierzu Zahlen im Haushalt des Landes findet, sieht sich getäuscht. Weder der Haushaltsentwurf 2011 noch die Mittelfristige Finanzplanung lassen irgendwelche Risiken erkennen, ja noch schlimmer: Nicht einmal die schon jetzt feststehenden Kosten sind aus dem Haushalt ersichtlich. Weder im Einzelplan des Landtages noch im Einzelplan 20 finden sich außer Leertiteln mit Mittelansatz „Null Euro“ keine Hinweise auf die demnächst anfallenden Kosten.

Diese Intransparenz ist zum einen eine Folge dessen, dass wir hier im Lande immer noch wie weiland unsere Vorväter den Haushalt strikt nach den Grundsätzen der Kameralistik statt

wie Bremen, Hamburg und Hessen nach den Grundsätzen der Doppik aufstellen. Die Kameralistik ist zu einem Großteil blind für eingegangene Risiken und zukünftige Zahlungsverpflichtungen.

Diese Intransparenz ist aber auch unmittelbare Folge der Ausgestaltung des Landtagsneubaus als ÖPP-Projekt. Erst wenn das Gebäude vom Landtag in Nutzung genommen wird, werden die Kosten im Haushalt sichtbar werden. Deshalb sind weder die Baukosten von 120 Mio Euro plus X noch die vom Bauträger in Anspruch genommenen Kredite und zu zahlenden Zinsen, noch die zukünftigen Gebäudemanagementkosten aus dem Haushalt ersichtlich.

Nach den aktuellen Planungen wird der Landtagsneubau das Land ab 2013 mit 9 bis 10 Millionen Euro jährlich für Zinsen, Tilgung und Bewirtschaftung belasten. Für die Bewirtschaftung des Landtagsneubaus ist ab 2013 eine Summe von 2,3 Millionen Euro eingeplant. Ab 2018 steigen die Aufwendungen auf rund 3 Millionen Euro an und bleiben dann bis ins Jahr 2042 stabil. Urteilen sie selbst: Sind über 25 - 30 Jahre konstante Gebäudemanagementkosten überhaupt realistisch. Was ist mit Inflationsraten, Tarifsteigerungen, steigende Energiekosten? Entweder zahlen wir am Anfang viel zu viel oder dem Projektpartner geht irgendwann die Luft aus und alle Kosten bleiben am Land hängen. Eine Dritte Möglichkeit sehe ich nicht.

Über die bei solchen Projekten übliche Finanzierungs konstruktion, die das Land mit deutlich über dem Marktzins für Staatsanleihen liegenden Zinsen belasten wird, schweige ich mich hier mal lieber aus, weil ich nicht weiß, inwieweit diese Regelungen der Vertraulichkeit unterfallen. Aber spätestens ab 2013 wenn die Ausgaben für Zins und Tilgung auch im Haushalt veranschlagt werden müssen, kann sich jeder ausrechnen, dass ein Zinssatz von über 4 % alles andere als ein Schnäppchen für das Land war.

Ich möchte es aber nicht beim Beklagen dieses Zustandes belassen. Da wir Bündnisgrünen weder in der Planungsphase noch in der Entscheidungsphase in diesem Landtag vertreten

waren, könnten wir es uns jetzt furchtbar leicht machen und so tun als ob wir schon immer viel schlauer gewesen sind als die Landtagsmehrheiten und einfach mal ins Blaue hinein die Rückabwicklung dieses Vertrages fordern. Das werden aber nicht tun. Angesichts der sich abzeichnenden Kostensteigerungen wollen wir aber dennoch ganz genau wissen, welche Konventionalstrafe wir für einen Ausstieg aus dem Vertrag zahlen müssten um das Für und Wider abwägen zu können. Möglicherweise ist ein Ende mit Schrecken hier tatsächlich die richtige Entscheidung. Deshalb: Fakten auf den Tisch und tabulose Diskussion über die möglichen Alternativen.

Anrede!

Mit dem Haushaltsentwurf 2011, dem ersten Haushalt, den diese Landesregierung ohne Rückgriff auf die Vorgängerregierung in eigener Verantwortung aufgestellt hat, ist rot-rot noch kein großer Wurf gelungen. Er schreibt im wesentlichen die Vorjahreszahlen fort, setzt wenig neue Akzente und nutzt die Chancen der sich festigenden Wirtschaftslage zur Haushaltskonsolidierung nur unzureichend. Den Beweis für diese pessimistische Einschätzung werden wir in den nächsten 3 Tagen führen. Insofern werden Sie verstehen, dass unsere Vorfreude auf die vor uns liegenden Debatten nur begrenzt ist.